



Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Europa widerstandsfähiger machen

Regierungserklärung zur deutschen Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli übernimmt Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. Hierzu debattierte der Deutsche Bundestag am Donnerstag im Rahmen einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin.

Europa soll nachhaltig gestärkt aus der Corona-Krise herausgehen. Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung für ihre EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Halbjahr gesetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Regierungserklärung: „Noch nie waren Zusammenhalt und Solidarität in Europa so wichtig wie heute.“

Merkel nannte die Corona-Pandemie die „größte Herausforderung in der Geschichte Europas“. Wie sie bewältigt werde, entscheide über den Wohlstand der Bürger und über Europas Rolle in der Welt. Deshalb sei es auch für die Bundesregierung eine immense Herausforderung, mitten in der Pandemie die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen. Man müsse die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise bewältigen, man müsse Europa aber auch widerstandsfähiger und zukunftsfähiger machen. Das gelte nicht minder für zwei weitere große Umbrüche: den Klimawandel und die Digitalisierung.

Ebenso wie Merkel appellierte auch der Vorsitzende der Unionsfraktion Ralph Brinkhaus an die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. „Wir haben nur eine Chance, wenn wir als Europäer gemeinsam agieren“, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende. Nur dann könne Europa seine Souveränität behaupten. Nur dann könne es auf Augenhöhe mit China, Russland oder den Vereinigten Staaten von Amerika spielen. Dies gelte im Bereich der Außenpolitik, aber auch für die Entwicklung von Schlüsseltechnologien oder der Herstellung von Medikamenten.

Um gemeinsam aus der Krise zu kommen, will die EU in Verbindung mit ihrem siebenjährigen Haushaltsplan einen Wiederaufbaufonds auflegen, aus dem die von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen Mitgliedsländer unterstützt werden. Dieser Fonds sei „ein dringendes Gebot der Stunde“, sagte die Kanzlerin. Nur so könne man verhindern, dass Europa auseinanderdrifte. Denn wenn sich dauerhaft ein Spalt durch Europa ziehe, stärke das die antidemokratischen Kräfte, die nur auf ökonomische Krisen warteten, um sie politisch zu missbrauchen.

Faktencheck Corona-Warn-App

Seit dieser Woche steht die Corona-Warn-App kostenlos zur Verfügung. Über 10 Millionen Mal wurde sie bereits heruntergeladen. Schon am Dienstag hat die Kreisgeschäftsstelle ein umfangreiches Papier mit Fragen und Antworten rund um die App verschickt. Hier nun auch noch ein Faktencheck, der auf viele Fragen eingeht.

<https://www.cducsu.de/spezial/faktencheck-corona-app>

Gunther Krichbaum bei phoenix

Vor der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel war Gunther Krichbaum gestern früh erneut zu Gast beim Doppelinterview des TV-Senders „phoenix“, dem Nachrichtensender von ARD und ZDF. Sie können dieses Interview hier

<https://www.youtube.com/watch?v=r-OQo-yaUm6o>

nachschauen und nachhören.

Autorennen in der Stadt mit Härte entgentreten

Der Bundesgerichtshof hat heute die Verurteilung des Unfallfahrers nach einem tödlich verlaufenen illegalen Autorennen wegen Mordes bestätigt. Das ist ein gutes Signal für die Sicherheit auf unseren Straßen. Sie zeigt: Wer mit 160 Stundenkilometern durch Innenstädte rast, kann sich nachher nicht mit fehlendem Mordvorsatz herausreden. Klar ist: Autorennen sind illegal und sie sind eine absolut nicht hinnehmbare Gefahr für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Denn ob Fußgänger, Radfahrer, Motorradfahrer oder Autofahrer: Wem ein Auto mit 160 oder mehr Stundenkilometern entgegenjagt, dem drohen Tod oder schwerste Verletzungen. Solche Täter müssen mit aller Härte bestraft werden.

Förderprogramm für die Busbranche

Der Einsatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Busbranche trägt Früchte. Bundesverkehrsminister Scheuer wird ein 170 Millionen Euro-Paket zur Unterstützung der Busunternehmen auflegen. Das ist ein starkes Signal für die Branche, die gezwungen war, ihre Busse seit Mitte März auf den Höfen stehen zu lassen. Das Programm wird den Zeitraum von Mitte März bis Ende Juni abdecken.

Rot-rot-grünes Gesetz könnte Einsatz von Spezialkräften des Bundes erschweren

Die Kritik am Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) wächst. Nun droht Bundesinnenminister Horst Seehofer mit Konsequenzen: Er will vorerst keine Beamten der Bundespolizei mehr zu Einsätzen in die Hauptstadt schicken. Mit dem Antidiskriminierungsgesetz hat sich die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung ein dickes Eigentor geschossen. Nicht nur, dass einzelne Bundesländer bereits prüfen, ob sie überhaupt noch Einsatzkräfte in die Hauptstadt schicken wollen, um bei Großeinsätzen Amtshilfe zu leisten. Dazu zählt auch Baden-Württemberg. Nun bringt sich Berlin auch noch um die Unterstützung durch die Bundespolizei, denn natürlich kann das Bundesinnenministerium nicht riskie-

ren, dass seine Uniformträger zum Ziel willkürlicher Anschuldigungen durch Verdächtige werden. Das kann weitreichende Folgen haben – die Bundespolizei deckt zahlreiche Spezialfähigkeiten ab, auch in der Terrorismusbekämpfung.

Finanzielle Anreize für die Installation von Photovoltaikanlagen

Der Deutsche Bundestag hat gestern die Abschaffung des 52-GW-Photovoltaikdeckels beschlossen. Das ist ein starkes Signal für mehr Klimaschutz durch die Nutzung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein weiterer Zubau von Photovoltaikanlagen wäre zwar in jedem Fall noch möglich gewesen, nach unserer Entscheidung wird aber auch weiterhin jede neu gebaute Anlage über das EEG gefördert. Vor allem für die Häuslebauer in Deutschland setzen wir damit einen attraktiven Anreiz für die Installation von Photovoltaikanlagen. Mit derartigen Anreizen wird die Energiewende gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen.

Länder können Abstandsflächen festlegen

Mit der Einführung einer neuen Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch für die Windenergie an Land wird den Ländern ermöglicht, einen Mindestabstand von bis zu 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihre Landesgesetze aufzunehmen. Auf diese Weise können die Länder individuell über die Abstandsregeln entscheiden. Auch damit setzen wir ein klares Signal für flexible Lösungen vor Ort und mehr Akzeptanz der Windkraft durch die Bürger.

Positionspapier zum Ehrenamt

Die CDU/CSU hat in dieser Woche ein Positionspapier „Ehrenamtsgesetz 2021“ beschlossen, mit dem ehrenamtlich Tätige gefördert werden sollen und das Vereinen das Leben erleichtert. Sie können das Papier unter diesem Link <https://bit.ly/3fETR7N> herunterladen oder ansehen. Bitte verteilen Sie es auch an Mitstreiter in Vereinen, in denen Sie tätig sind. Vielen Dank dafür! ■